Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 262. Sonnabend, den 7. November 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz in Paris berät zurzeit über die deutsche Abrüstungsnote und im Zusammenhang damit über die Frage der Kölner Räumung.

* Nach einem Bericht der Reichspostverwaltung ist ihre Finanzlage so gespannt, daß an eine Herabsetzung der Postgebühren vorläufig nicht gedacht werden kann.

* Die in Moskau zum Tode verurteilten deutschen Studenten Wolscht und Kindermann sind zu 10 Jahren Gefängnis, die in Leipzig im sogen. Tschekistenprozeß zum Tode verurteilten Russen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

* Mussolini hielt bei einer Siegesfeier eine aufsehenerregende Kriegsrede, in der er die Rüstung Italiens zu Land, zur See und in der Luft forderte.

Sudetendeutsche.

Was das Schicksal der Deutschen im Ausland so besonders furchtbar macht, ist die Tatsache, daß sie die stärksten Verfolgungen in jenen Ländern zu erleiden haben die während des Weltkrieges Niederlage auf Niederlage erfuhren, wie Italien, oder die ihr Bestehen überhaupt nur deutschen Siegen verdanken, also Polen und die Tschechoslowakei. Diese beiden Staaten wetteifern in ihrem Übernationalismus bei der Verfolgung der nationalen Minderheiten besonders deswegen miteinander, weil diese nationalen Minderheiten in beiden Ländern fast die Hälfte der Volkszahl ausmachen. Das gilt für Polen ebenso wie für die Tschechoslowakei.

Der Prager Außenminister Dr. Benesch, den der Ehrgeiz treibt, eine weltpolitische Rolle zu spielen, überall, in Genf und London, in Paris und Locarno, erklärt soeben, an allem Streit seien — die Sudetendeutschen selbst schuld, denn die Deutschen wollten die Macht in den jungen Staaten an sich reißen. Nun müßte aber Benesch ganz genau wissen, daß dies den dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen nie einfällt, daß sie vielmehr zufrieden wären, wenn sie nur das liebe Leben als Deutsche haben. Von einem Selbstbestimmungsrecht ganz zu schweigen. Und daß es sich bei den Klagen, die von deutscher Seite geführt werden, durchaus nicht um „Kleinigkeiten" handelt. Sondern die Reihe ist endlos, und über „Kleinigkeiten" regt sich schon niemand mehr auf. Die Deutschen stehen einfach unter einer Ausnahmegesetzgebung, wie vor allem das berüchtigte Bodengesetz, dann die „Regelung" der Schulfrage usw. beweist. 3000 deutsche Lehrer liegen auf der Straße, weil man die deutschen Schulen einfach schloß, und die „Beschlagnahme" von Teplitz und Karlsbad hat ja sogar zu Beschwerden beim Völkerbund geführt; wird doch dieses Bodengesetz nur gegen Deutsche angewendet. Es geht doch um die Existenz des Deutschtums; vergeblich mag Herr Benesch das bestreiten. So sehr geht es darum, daß die Deutschen sich sogar parteipolitisch eine Einheitsfront schufen — allerdings mit Ausnahme der Sozialdemokratie.

Benesch erklärte nun, der Vertrag von Locarno habe der irredentistischen Bewegung der Sudetendeutschen den Todesstoß versetzt. Unklar bleibt, was er damit meint. Freilich ist auf Grund des Locarnoer Vertrages eine Grenzänderung nur mit Zustimmung beider Teile möglich, also, da wir die Benachteiligten sind, nur mit Zustimmung der Tschechoslowakei denkbar. Auf diese werden wir aber wohl lange warten können. Damit wäre der deutsche „Irredentismus", der aber vorläufig gar keine Abtrennung will, kein „Hin zum Mutterland!", sondern nur — Gerechtigkeit, lahmgelegt. Fast wie Hohn klingt es, wenn Benesch die Deutschen in der Tschechei auf das „Beste" des Vertrages hinweist, nämlich, daß sie von den Tschechen nicht in einen Kampf gegen Deutschland hineingetrieben werden könnten.

Natürlich muß Herr Benesch den Vertrag, den er aus Locarno mitgebracht hat, schon deswegen loben, weil die Stellung des Kabinetts seit der berüchtigten Hus-Feier eine erschütterte ist. Wie er das aber im Ständigen Ausschuß des Parlaments tat, ist bezeichnend genug: er konstruierte immer nur Fälle deutsch-tschechischer kriegerischer Auseinandersetzungen, um die tatsächliche Wirkung des tschechischen Vertrages mit Frankreich zu illustrieren. Sehr interessant war dabei die Erklärung, daß bei einer Verletzung des deutsch-tschechischen Schiedsvertrages durch Deutschland Frankreich sofort „über den Artikel 16 hinaus" der Tschechei zu Hilfe kommen, nicht erst eine Entscheidung des Völkerbundes über die Schuldfrage abwarten würde. Oder es kommt zu einem Konflikt, über den der Völkerbund zu einem einhelligen Urteil nicht kommen kann — auch dann hilft Frankreich.

Wir Deutschen sind nicht so naiv, zu glauben, daß Frankreich uns helfen würde, wenn wir die Angegriffenen sind. Benesch scheint aus Locarno also einen etwas merkwürdigen „Geist" mitgebracht zu haben.

Auf dem alten Fleck.

n. Berlin, 5. November.

Die fieberhafte Erregung der letzten Tage, die sich aus der in unsichere Bahnen einlenkenden Innenpolitik im Anschluß an die Frage von Locarno entwickelt hatte, ist einer ruhigeren Stimmung gewichen. So ziemlich alle Parteien haben sich einstweilen auf das Abwarten eingestellt. Ebenso die Reichsregierung. Der Reichskanzler konferierte gestern noch mit demokratischen, deutschnationalen und sozialdemokratischen Führern, ohne daß wesentliche neue Gesichtspunkte hervortraten. Dr. Stresemann bezeichnete bei der Gelegenheit den Fortgang der Verhandlungen mit den anderen Mächten als gut.

Etwas mehr bemerkenswert war der Ausgang der Zentrumsfraktionssitzung. Die darüber ausgegebene Mitteilung besagt, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums die Verhandlungen über die Rückwirkungen des Vertrages von Locarno abwarten wolle, jedoch der Auffassung sei, „daß das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber dem Vertragsentwurf von Locarno ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihr in einer Regierung ausschließt".

Inzwischen geht der Kampf der Parteipresse weiter und hat dadurch eine neue Nuance gefunden, daß eine amtliche Notiz über das Hin und Her der Behauptungen zum Rücktritt des bisherigen deutschnationalen Innenministers Schiele ausgegeben wurde. Schiele sollte nach einer Behauptung von links in einer Kabinettssitzung gesagt haben, er bejahe das Werk von Locarno laut und freudig. Die amtliche Erklärung stellt fest, daß Minister Schiele lediglich am 19. Oktober sagte, als der Reichsaußenminister zum erstenmal über das Ergebnis von Locarno berichtet hatte, er halte es für erforderlich, daß vor einer Billigungserklärung des Reichskabinetts den Ministern Einsicht in die gesamten Unterlagen gegeben werden müsse. Er könne aber schon jetzt sagen, daß er mit lautem „Ja" antworten werde, wenn es sich um die allgemeine Billigung der Arbeit der Delegation im Sinne der Richtlinien des Kabinetts handle. Schiele selbst bemerkt dazu, daß die Schreibereien doch lediglich durch schwere Indiskretion aus dem engen Kreise von Persönlichkeiten, die an den vertraulichen Sitzungen des Kabinetts teilgenommen haben, entstanden sein können. — Nun haben die berufsmäßigen Polemiker von allen Seiten wieder reichlich Gelegenheit, einander in der nun einmal Sitte gewordenen Manier Grobheiten zu sagen. Und das nutzen sie reichlich aus.

Sonst werden die Dinge bis zum Zusammentritt des Reichstages wohl auf dem alten Fleck bleiben. Morgen will die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beraten.

*

Botschafterkonferenz über Köln.

Paris, 5. November.

Morgen tritt die Botschafterkonferenz erneut zur Prüfung der deutschen Abrüstungsnote zusammen, wobei sie von dem Bericht des interalliierten Militärkomitees in Versailles ausgehen wird. Das Schriftstück ist von General Foch unterzeichnet und besagt nach übereinstimmender Angabe, daß Deutschland anerkennenswerte Anstrengungen zur Erfüllung der Abrüstungsklauseln getan habe, besonders auf kriegstechnischem Gebiet (Zerstörung von Fabriken, Kriegs- und Munitionsmaterial). Es fehle indessen noch viel daran, daß die im vergangenen Juni von der Botschafterkonferenz aufgestellten Bedingungen als ausgeführt anzusehen seien. Die Haltung der deutschen Regierung lasse besonders in folgenden drei Punkten noch zu wünschen übrig: 1. Geheimorganisation des Großen Generalstabes, 2. Reorganisation der Polizei, 3. die militärische Ausbildung der Geheimbünde. Unter diesen Umständen könne vorläufig noch nicht die Rede davon sein, daß das deutsche Abrüstungsproblem als gelöst anzusehen sei.

Die Botschafterkonferenz soll die erwähnten Feststellungen des interalliierten Militärkomitees zur Kenntnis der deutschen Regierung bringen, wobei allerdings die Form der Notifizierung noch nicht feststeht. Ob damit die endgültige Entscheidung über die Kölner Frage verbunden wird, bleibt abzuwarten.

Gespannte Wirtschaftslage der Reichspost.

Vorläufig keine Gebührenherabsetzung.

Die Reichspost hat einen ausführlichen Bericht über ihre Finanz- und Wirtschaftslage veröffentlicht. Danach ist im laufenden Wirtschaftsjahr die Finanzlage im Gegensatz zu 1924 sehr gespannt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die um die Jahreswende 1924/25 vorgenommenen Gebührenermäßigungen mit einem Jahreseinnahmeausfall von 120 Millionen Reichsmark und die damals durchgeführten Besoldungsaufbesserungen zum vollen Jahresbetrage auswirken. Die Einnahmen sind in der Zeit von April bis September 1925 gegenüber dem Soll des Voranschlags um rund 33 Millionen Reichsmark zurückgeblieben. Der Postscheckverkehr, das Zeitungswesen und die Telegraphie arbeiten zurzeit mit Unterbilanz. Die vielfach vertretene Ansicht, als „schwimme die Post im Gelde", entspringt nicht den tatsächlichen Verhältnissen und ist vielleicht auf die Ausleihung der Postscheckgelder, also Depositengelder, zurückzuführen. Bei dieser Sachlage kann die Reichspost zurzeit nicht an eine Herabsetzung von Gebühren herantreten.

Die Reichspost muß, so heißt es in dem Bericht weiter, als Helferin von Wirtschaft und Verkehr ihre Anlagen so ausgestalten und vermehren, daß sie den Bedürfnissen in möglichst hohem Maße gerecht werden kann; leider ist ihr dies im laufenden Wirtschaftsjahr nicht in vollem Umfange möglich gewesen. Die Abführung von Überschüssen an das Reich soll tunlichst schon im laufenden Wirtschaftsjahr erfolgen. Zu diesem Zweck werden Reichspostminister und Reichsminister der Finanzen in nächster Zeit einen gemeinsamen Gesetzentwurf über eine entsprechende Änderung des Reichspostfinanzgesetzes einbringen. In vorsorglicher Weise ist bereits angeordnet worden, daß im kommenden Wirtschaftsjahr 1926 neue Hochbauten auf unabweisbare Ausnahmefälle zu beschränken und die Anschaffung von neuen Kraftwagen auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind.

Eine Kriegsrede Mussolinis.

„Die Wacht am Brenner."

In einer Rede, die Mussolini im Costanzi-Theater zur Feier des Sieges von Vittorio Veneto hielt, suchte er zunächst den Eintritt Italiens in den Krieg zu rechtfertigen. Er sagte u. a., das italienische Volk sei mit Enthusiasmus in den Krieg gezogen, eine eigentliche Siegesfeier und Siegesfreude habe sich in Italien erst zeigen dürfen, nachdem die Faschisten die Oberhand erhalten hätten. Mussolini betonte alsdann die Unentbehrlichkeit der italienischen Grenzen am Brenner und am Krainer Schneeberg und sagte, daß das italienische Volk in den Krieg ziehen würde, falls diese Grenzen in Gefahr wären. Er und seine Regierung seien für den Frieden, aber man dürfe nicht vergessen, daß unmittelbar nach Locarno Kanonendonner auf dem Balkan gehört worden sei. Kanonendonner erschalle auch heute noch über das Mittelmeer herüber. Mit einem Auge dürfe man daher auf die Friedenstaube schauen, aber mit dem anderen müsse man die Wirklichkeit betrachten. Italien müsse deshalb ein starkes Heer, eine tüchtige Marine und eine die Luft beherrschende Flotte besitzen.

Am Jahrestag des Faschistenmarsches auf Rom wurden in ganz Nordtirol Flugzettel verteilt, aus denen hervorgeht, daß die Faschisten eine Eroberung von Nordtirol planen und eine Wacht am Brenner organisiert haben. Es heißt in diesem Flugblatt: „Die alten Römer haben alle Völker der Erde überwunden. Das heutige Italien ist unüberwindlich. Der Brenner ist nicht ein Ziel, sondern ein Ausgangspunkt gegen Norden. Der letzte Italiener ist mehr wert, als tausend Ausländer. Italien besitzt das Monopol des schöpferischen Genies und wird es immer behalten. Alles, was erfunden wurde, ist von Italienern erfunden worden. Deshalb muß jeder Fremde mit einer wahren Religiosität italienischen Boden betreten."

Begnadigungen in Moskau und Leipzig

10 Jahre Gefängnis für die deutschen Studenten.

Das Präsidium des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetunion hat beschlossen, die vom obersten Gerichtshof am 3. Juli zum Tode verurteilten deutschen Staatsangehörigen Kindermann und Wolscht und den estnischen Staatsangehörigen v. Ditmar unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu 10 Jahren Gefängnis zu begnadigen.

Die im Leipziger Tschekaprozeß zum Tode verurteilten Hauptangeklagten Neumann, Paege und Skoblewski sind zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Diese Todesurteile sollten Sühne bilden für Mordtaten und Anstiftung dazu, während die Anschuldigungen gegen die deutschen Studenten gewaltsam begründet wurden, um Kompensationsobjekte für die Leipziger Tschekisten zu gewinnen.

Die Schuld der Unabhängigen.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(14. Tag.) § München, 5. November.

Der Sachverständige Fischer kommt zu dem Schluß, daß es außerordentlich schwer sei, eine subjektive Fälschung nachzuweisen, weil es oft sehr zweifelhaft sei, ob wirklich die Absicht der Fälschung vorhanden sei. Der Sachverständige verlas eine Reihe von Stellen aus den Süddeutschen Monatsheften, bei denen der Vorwurf der subjektiven Fälschung gegeben erscheint. Er erklärte noch, daß die Oberste Heeresleitung mit dem Eintreffen so zahlreicher Amerikaner nicht gerechnet hätte. Richtig sei, daß die Oberste Heeresleitung, der Kaiser und der Kronprinz an den Reichskanzler Hertling das Verlangen gestellt haben, die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 ausdrücklich und öffentlich zu widerrufen. Alsdann fand die Vernehmung des Sachverständigen Major a. D. Volkmann statt, der Mitglied des Reichsarchivs ist. Tatsache sei, daß während des Krieges Dolchstoßverhandlungen im Sinne der Auslegung der Süddeutschen Monatshefte stattgefunden hätten. Er halte den Nachweis der

Schuld der Unabhängigen für erbracht,

indem die Hauptführer die Tendenz des Dolchstoßes propagierten und in die Tat umgesetzt hätten. Die verantwortlichen Führer seien Kautsky, Haase, Dittmann, Ledebour und Frau Zietz. Die Frage des Dolchstoßes stehe in engem Zusammenhang mit dem Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat, zur Nation und zur Landesverteidigung. Der Hauptgrund, daß die Mehrheit der Sozialdemokratie während des Krieges für die Kriegskredite stimmte, sei der gewesen, daß man sich in einem Verteidigungskrieg befand, daß der Kampf gegen das reaktionäre verhaßte, zaristische Rußland ging und daß die französischen Genossen die Kriegskredite entgegen den Einwirkungsversuchen der deutschen Sozialdemokraten bewilligten. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei am 4. August 1914 ist nach Anschauung des Sachverständigen eine befreiende Tat für die Sozialdemokratie selbst gewesen insofern, als die entscheidungsschwere Stunde die inneren Gegensätze der Partei in der Frage der Landesverteidigung klar aufdeckte und einer Entscheidung entgegengeführt habe. Der Sachverständige gab alsdann der Meinung Ausdruck, daß durch die Verbindung der drei stärksten Organisationen des nationalen Deutschlands, des Heeres, der Sozialistischen Mehrheitspartei und der Freien Gewerkschaften, in erster Linie

das bewunderswerte Maß moralischer Widerstandskraft

geschaffen worden ist, die das deutsche Volk befähigt hat, die Schicksalsschläge des Krieges zu ertragen. Die Haltung der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei sei vom Beginn bis Ende des Krieges durch den Willen geleitet gewesen, das Vaterland zu verteidigen und sich

Preußischer Landtag.

(93. Sitzung.) tt. Berlin, 5. November.

Zunächst nimmt das Haus einen Antrag auf Nachprüfung der Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages an und verweist die Große Anfrage der Deutschnationalen über die Wirtschaftslage Ostpreußens an den Ostausschuß, während die Anträge und Anfragen bezüglich des Grubenunglücks auf Zeche „Holland" an den Handelsausschuß gehen. In der dann folgenden Fortsetzung der Beratung des

Kultushaushalts

kommt das Kapitel „Provinzialschulkollegium und höhere Lehranstalten" zur Sprache.

Abg. Frau Wegscheider (Soz.) bezeichnet es als volks- und staatsfeindlich, wenn man die höhere Schule paritätisch, die Volksschule aber konfessionell gestalten wolle.

Abg. Meyer-Magdeburg (Dtn.) vertritt den Standpunkt, daß eine Schulreform nicht überstürzt werden dürfe. Insbesondere auch die Entwicklung der körperlichen Erziehung, so erfreulich sie ist, vertrage keine Überspannung.

Abg. Wildermann (Ztr.) verwahrt sich dagegen, als ob das Zentrum verlange, daß jetzt das ganze höhere Schulwesen in Preußen bekenntnismäßig gestaltet werden solle. Das Zentrum bekämpfe nur entschieden den Standpunkt der Regierung, daß sie die Errichtung konfessioneller höherer Schulen grundsätzlich nicht gestattet.

Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) wünscht, daß das Finanzministerium mehr Geld für die Kulturbedürfnisse erübrige.

Abg. Kerff (Komm.) bekennt sich als erbitterter Gegner des höheren Schulwesens, wie es in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung organisiert sei.

Abg. Dr. Bohmer (Dem.) wünscht eine Entlastung der Oberschulräte, eine Herabsetzung der Klassenstärke und eine Nachprüfung der Arbeitslast der Lehrerschaft.

Abg. Danicke (Deutschvölk.): Die Neuordnung der höheren Schule auf der Grundlage der Erhaltung des deutschen Kulturgutes entspricht durchaus unseren völkischen Anschauungen.

Abg. Frau von Tiling (Dtn.): Das Ziel der Erziehung zum Verantwortungsbewußtsein muß auch in der höheren Mädchenschule allen vorschweben.

Abg. Frau Wronka (Ztr.): Die körperliche Ausbildung erfährt heute auch bei der weiblichen Jugend die größte Förderung und mit Recht. Dabei ist aber jede Übertreibung zu vermeiden.

Ein Vertreter des Kultusministeriums gibt eine Übersicht der für die Mädchenschulen erlassenen Richtlinien, um darzutun, daß auch die Schulverwaltung sich sehr wohl bewußt ist, daß die Bedeutung der Frau für das deutsche Kulturleben so alt ist wie die Kultur selbst.

Die Auseinandersetzung geht noch einige Zeit weiter, wobei Kultusminister Becker eine Darstellung des Unglücks anläßlich der Ruderfahrt der Turnanstalt in Spandau auf dem Tegeler See gibt, dem der Teilnehmer Weber zum Opfer gefallen sei. Der Minister spricht, während sich die Mitglieder des Hauses erheben, der verwitweten Mutter des Verunglückten das herzlichste Beileid aus.

Nach Schluß der Besprechung folgen persönliche Bemerkungen. Der Landtag setzte dann die allgemeine Besprechung über Universitäten, das Unterrichtswesen und sonstige wissenschaftliche Anstalten und Zwecke fort.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Hindenburgs Reise nach Süddeutschland.

Reichspräsident von Hindenburg wird in der nächsten Woche seine längst beabsichtigte Reise nach Süddeutschland ausführen. Sie führt zum Besuch der Landesregierungen nach Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt. Die Ankunft des Reichspräsidenten in Stuttgart erfolgt am nächsten Mittwoch. Am Donnerstag fährt der Reichspräsident nach Karlsruhe und fährt abends nach Darmstadt weiter. Der Aufenthalt in Darmstadt wird ebenfalls nur einen Tag dauern, denn für den Freitag ist der Besuch der Stadt Frankfurt a. M. vorgesehen. Am Abend des Freitags wird der Reichspräsident dann wieder die Rückreise nach Berlin antreten.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Die Gerüchte über eine bevorstehende oder baldige Freigabe des beschlagnahmten deutschen Gesellschaftseigentums in Amerika werden nach Nachrichten aus Washington als völlig unbegründet bezeichnet. Augenblicklich läßt sich auch nur annähernd Zutreffendes überhaupt nicht sagen. Es ist vorläufig nur gewiß, daß ohne eine vorherige Befriedigung der amerikanischen Ansprüche an eine Freigabe nicht zu denken ist.

Aus In- und Ausland.

München. Wie der Völkische Beobachter berichtet, wurde von der Polizeidirektion München die von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für kommenden Sonntag festgesetzte Weihestunde für die Gefallenen des 9. November 1923 verboten.

Wien. Wie verlautet, soll der Mehraufwand für die Beamtenbesoldung von 15 Millionen Schilling aus Sparmaßnahmen beim Heer und bei den Staatstheatern gedeckt werden. Im nächsten Jahr sollen die ausscheidenden 2000 Soldaten nicht mehr ersetzt werden.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus Casablanca wird das amerikanische, in Marokko kämpfende Flugzeuggeschwader am 15. November offiziell aufgelöst werden. Die amerikanischen Flieger werden sich dann nach Frankreich begeben.

Washington. Die amerikanische Regieung hat nunmehr bei dem Obersten Gerichtshof ein Verfahren eingeleitet, um den Verkauf der beschlagnahmten deutschen Farbstoffpatente an die Chemical Foundation für ungültig erklären zu lassen.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt

Lotterie zur Erhaltung des Deutschtums.

Berlin, 5. November. Die preußische Staatsregierung hat dem Deutschen Schutzbund und dem Verein für das Deutschtum im Ausland die Abhaltung einer gemeinsamen Geldlotterie in zwei Reihen bewilligt, deren Ertrag zum Besten des Grenz- und Auslanddeutschtums dienen soll. Die Ziehungen finden am 5. und 6. Januar 1926 und am 15. und 16. März 1926 im Dienstgebäude der Preußischen General-Lotterie-Direktion statt.

Heranziehung der Automobilbesitzer zur Wegeunterhaltung.

Berlin, 5. November. Laut Amtlichem Preußischen Pressedienst haben der preußische Innenminister und der Finanzminister in einer gemeinsamen Antwort auf eine Kleine Anfrage darauf hingewiesen, daß sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung befindet, der mit Rücksicht auf die durch das Anwachsen des Automobilverkehrs gesteigerten Kosten der Wegeunterhaltung eine erhebliche Heraufsetzung der Kraftfahrzeugsteuersätze vorsieht.

Großer Postdiebstahl in Rathenow.

Rathenow, 5. November. In der Nacht zum 30. Oktober wurden aus dem Bahnhof Rathenow aus der Packkammer des Postamtes etwa 50 000 Mark bares Geld in gebündelten Zehnmarkscheinen und eine Anzahl von Einschreibebriefen, deren Wert noch nicht festgestellt ist, entwendet. Die Oberpostdirektion in Potsdam hat auf die Ergreifung der Diebe eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Unter dem Verdacht, seine Hand im Spiele gehabt zu haben, wurde ein zwanzig Jahre alter bereits vielfach vorbestrafter Postaushelfer festgenommen. Er bestreitet seine Schuld.

Einstellung der Kriegsgerichtsverhandlungen gegen Deutsche in Belgien.

Brüssel, 5. November. Infolge eines Rundschreibens des Justizministers hat das Kriegsgericht von Brabant das Verfahren gegen den deutschen Obersten Hersinn und den Agenten der deutschen politischen Polizei Pinkoff eingestellt. Auch andere gleichartige Prozesse sollen niedergeschlagen werden.

Ein achtjähriges Mädchen ermordet.

Hart bei Garching (Oberbayern), 5. November. Die achtjährige Stieftochter des Gastwirts Albert Steindl, Mathilde Sinzinger, wurde gestern in dem nahen Walde vollständig entkleidet mit einem Strick um den Hals tot aufgefunden. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Lustmord.

Ein Attentat auf Mussolini vereitelt.

Rom, 5. November. In den letzten Tagen war es zur Kenntnis der Polizei gekommen, daß im Verlaufe der Siegesfeierlichkeiten am 4. November ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Mussolini geplant wurde. Die Polizeidienststellen erhielten Befehl, verdächtige Persönlichkeiten festzunehmen. Am Mittwoch drang die Polizei in das Hotel Dragoni ein, das sich in unmittelbarer Nähe des Palastes Chigi, in dem das Auswärtige Amt untergebracht ist, befindet, und überraschte den langjährigen Abgeordneten der Opposition Zanioni bei den Vorbereitungen für das Attentat auf Mussolini. Auf Grund der polizeilichen Nachforschungen wurde zur selben Zeit in Turin der General Louis Cappello verhaftet, der im Begriffe war, ins Ausland zu reisen. Auf Grund der ersten Untersuchungen ist an sämtliche Präfekten der Befehl ergangen, sofort alle Freimaurerlogen, die von der römischen Loge Großer Orient abhängig sind, zu besetzen.

Die syrischen Unruhen.

Damaskus, 5. November. Die Aufständischen haben in der Nacht zum 3. d. Mts. in der Nähe von Damaskus eine Eisenbahnbrücke gesprengt und so die Linie nach Haifa abgeschnitten.

Die Kämpfe in China.

Schanghai, 5. November. Meldungen von beiden kämpfenden Parteien besagen, daß Tschangtsolins Truppen Tsinklangan besetzten, während die betreffende Truppenabteilung der Allianz sich auf Kuchen zurückgezogen hat. Die Hauptmacht der Allianz steht noch südlich des Huniflusses, wo ihr Führer, General Sunchuangfang, wie man erwartet, sich zum Kampfe stellen wird.

Für Zeppelins Erbe.

Die Notwendigkeit der Zeppelin-Eckener-Sammlung.

Wo wir auch das große Buch der Geschichte der Erfindungen nachlesen, wir finden Berichte über verzweifeltes Ringen gegen Unverständnis und zähe Kämpfe gegen Schicksalswidrigkeiten. Und überall fast stoßen wir auf die eine beklagenswerte Tatsache: Nicht das Ringen mit der Materie, nicht das Erobern der Naturgewalten macht den Kampf, den die Erfinder großer neuer Schöpfungen zu führen haben, so schwer, sondern der aufreibende Widerstand kurzsichtiger „Fachleute" und ebenso, ja fast noch mehr, das Gemurmel lächelnder Zeitgenossen, die jeden Mißerfolg bei neuen Versuchen, ohne die es ja niemals abzugehen pflegt, mit einem selbstbewußten „Natürlich" quittieren.

Man sollte meinen, es würde sich niemand gegen die Aufforderung wenden, die vor kurzem hunderte hervorragendster Persönlichkeiten auf dem Gebiete von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik erließen, durch eine großzügige Volksspende das Lebenswerk des Meisters des Luftschiffbaues vom Bodensee vor dem Untergang zu bewahren. Dennoch ist in einigen Kreisen eine gewisse Propaganda gegen diese Idee laut geworden. Das darf nicht in allzu großes Erstaunen setzen. Noch jedes kühne Aufwärtsstreben des menschlichen Geistes fand ernste Hemmungen, deren Überwindung freilich manches beste Wollen und treffliche Können scheitern ließen. Es ist nicht das erstemal, daß die Arbeit des Grafen Zeppelin durch Mangel an Verständnis für die ungeheure Wichtigkeit, die sie für unser Volk hat, fast dem Erliegen nahe gewesen wäre. Es war im Oktober 1903, als trotz des offenbaren Vorwärtsschreitens auf dem Wege zum lenkbaren Luftschiff dem Grafen die Mittel ausgegangen waren, sein Werk der Vollendung entgegenzuführen. Vergeblich hatte er sich an 6000 ihm geeignet erscheinende Persönlichkeiten mit einer Bitte um finanzielle Förderung des Werkes gewandt. Ganze achttausend Mark waren der Erfolg. Vergeblich war auch der eindringliche Aufruf des Oberstleutnants Moedebeck, der im Juni 1903 in den großen Tageszeitungen veröffentlicht wurde.

Graf Zeppelin ließ sich durch den Mißerfolg nicht beirren. Am 3. Oktober 1903 schrieb er in einem „Notruf zur Rettung der Luftschiffahrt" unter anderem folgendes: „Eine kurze Spanne Zeit — und Witterung, Sturm und Wellen werden mein lagerndes Material unverwendbar gemacht haben, meine letzten geschulten Gehilfen werden mir nicht mehr zur Verfügung stehen — die letzten Mittel; die ich selbst zu diesem Zwecke zu opfern vermag, werden erschöpft sein — die Gebrechen des Alters oder der Tod werden meinem Schaffen ein Ziel gesetzt haben. Wer wagt zu hoffen, daß die nahe Zukunft, die Gunst des Schicksals und die Förderung durch seine Mitmenschen einem anderen so weit helfen werden, wie mir geholfen wurde?! . . . Findet sich die Hilfe nicht, so fällt die Aussicht dahin, jene Flugschiffe zu erhalten, die unter anderem als fliegende Funkentelegraphenstationen die weitesten Verbindungen improvisieren lassen, die die entlegensten Posten mit der Kulturwelt verbinden, die Pole gefahrlos erreichen, die die unerforschten Gebiete erschließen und endlich das sicherste, schnellste und zugleich behaglichste Reisemittel werden. Darum eilt, die ihr solche Flugschiffahrt haben wollt, dem die Mittel zu bieten, der allein sie euch schaffen kann, sonst werdet ihr das in die Tiefe versinkende Kleinod nicht mehr erfassen können."

Allmählich kam durch diesen und noch einen zweiten Aufruf Zeppelins die Hilfeleistung in Fluß und mit jedem neuen Erfolge wuchs das Vertrauen und die Opferfähigkeit der Deutschen. Wieder wie damals ist die Weiterführung des Zeppelin-Luftschiffbaues infolge des Mangels an finanziellen Grundlagen gefährdet. Wieder kommt die Mahnung an jeden Volksgenossen, nach jeweiligem Können beizusteuern zu einem Grundfonds, damit der Zeppelin-Luftschiffbau nicht aus Mangel an Arbeitsmöglichkeit in sich zusammenfalle. Gilt es doch, die Hoffnung zu erfüllen, die Graf Zeppelin damals in seinem Aufruf ausgesprochen hat, der Welt insbesondere Deutschland, große, zuverlässige Verkehrsluftschiffe und Flugschiffe für Forschungsfahrten aller Art zu geben.

Die Gewißheit des Erfolges, den Dr. Eckener erst vor einem Jahre durch seine Amerikareise mit dem „Z. R. III" der Welt gezeigt, und die Notwendigkeit, Deutschlands Wissenschaft und Technik nicht erlahmen zu lassen, wird auch jetzt die Opferfähigkeit aufs neue aufleben lassen.

W. G.

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

15] (Nachdruck verboten.)

„Ich habe mich verspätet, meine gnädige Frau. Meine Gattin wurde in letzter Stunde noch unwohl. Nein — nichts Schlimmes — Kopfweh — Migräne, ihr altes Leiden. Sie bedauert sehr. Aber ich wollte heute nicht fehlen — hoffentlich komme ich noch zurecht, um Ihnen als Erster zu gratulieren zu dem Erfolg Ihres Sohnes. Eminente Leistung — auf Ehre. Das ganze Preisrichterkollegium ist rein aus dem Häuschen vor Entzücken. Wir werden ein Theater haben wie keine zweite Stadt in Deutschland. Einstimmig wurde der Entwurf Ihres Sohnes angenommen und zur Ausführung bestimmt. Es war ein Jubel, als sich herausstellte, daß ein Sohn unserer Stadt den Preis davongetragen hat. Also meinen innigsten Glückwunsch, verehrte gnädige Frau. Der Name Ernst Aßmann wird bald in aller Munde sein. Sie können stolz sein auf Ihren Sohn."

Adolphine hatte diese lebhaft hervorgesprudelte Rede mit unbeschreiblichen Gefühlen angehört. Ein Sausen und Surren fuhr ihr durch den Kopf und die Lichter im Saal drehten sich einige Sekunden in schneller Jagd vor ihren Augen. Aber Großtanting hatte recht gehabt, wenn sie auf Adolphines Selbstbeherrschung baute. Kein Zug in ihrem Gesicht verriet die Gefühle, die in diesem Moment auf sie einstürmten. Lächelnd und einige Worte des Dankes sagend, ließ sie sich die Hand küssen. Sie durfte mit keinem Atemzuge verraten, daß ihr diese Nachricht neu und überraschend kam, wenn sie nicht offenbaren wollte, daß zwischen Ernst Aßmann und seinen Eltern ein Zerwürfnis bestand.

Und neben dem Stolz auf den Erfolg ihres Sohnes erwachte noch einmal all der Groll über sein eigenmächtiges Verhalten. Diese beiden Gefühle rangen in ihrer Seele um die Herrschaft. Sie war zu kleinlich, um in diesem Moment zu vergessen, wie sehr sie sich über den Ungehorsam ihres Sohnes geärgert hatte. Fast wäre es ihr lieber gewesen, er hätte draußen im Leben Schiffbruch gelitten und kehrte gedemütigt heim, als daß sein Eigenwille durch Erfolg gekrönt wurde. Aber natürlich durfte kein Mensch merken, was in ihr vorging. Sie mußte sich des Erfolges ihres Sohnes vor aller Augen freuen.

Und plötzlich dachte sie mit Schrecken an ihren Mann und Georg. Wenn diese beiden die Nachricht von Ernsts Erfolg so plötzlich vorgesetzt bekamen, würden sie sich nicht in der Überraschung verraten?

Sie geleitete mit liebenswürdigen Worten ihren Gast zu einer Gruppe von Herren und Damen, denen er seine Neuigkeit mitteilen konnte und entschuldigte sich, um ihren Mann aufzusuchen. Er stand lächelnd hinter Großtantings Sessel und unterhielt sich mit ihr und ihren Freunden. Adolphine trat zu ihm heran.

„Einen Augenblick, Peter," sagte sie und führte ihn abseits.

Peter Aßmann kannte seine Frau sehr genau. Er allein merkte an dem unruhigen Blick ihrer Augen, daß sie aus ihrem seelischen Gleichgewicht gerissen war.

„Was wünschest du, liebe Adolphine?"

Sie sah an ihm vorbei auf all die plaudernden, lachenden Menschen.

„Soeben erfuhr ich vom Geheimen Baurat Bürger, daß Ernst sich unter den Bewerbern befand, die sich am Preisausschreiben für unser neues Stadttheater beteiligten. Sein Entwurf erhielt den ersten Preis und ist zur Ausführung bestimmt worden. Das wollte ich dir sagen, damit du dich in der Überraschung nicht verrätst. Es ist nicht nötig, daß man jetzt noch erfährt, daß Ernst gegen unsern Willen Architekt wurde."

Peter sah lächelnd in ihre unruhigen Augen.

„Du brauchtest deshalb nicht in Sorge zu sein. Ich suche schon eine ganze Weile nach einer Gelegenheit, unbemerkt mit dir sprechen zu können, um dir dieselbe Mitteilung zu machen. Ich wußte bereits davon durch Großtanting."

Adolphine sah starr in sein Gesicht.

„Woher wußte sie davon?"

„Durch Ernst selbst."

Ihr Gesicht rötete sich. Der scharfe Zug um den Mund vertiefte sich.

„Also ihr hat er es mitgeteilt, und wir müssen es von fremden Menschen erfahren!" rief sie heftig.

Er sah mit stillem, ernstem Vorwurf in ihre Augen.

„Tante Emma hat ein größeres Anrecht darauf als wir. Ihr hat es Ernst zu danken, daß er sein Studium vollenden konnte, denn sie hat ihm die Mittel dazu gewährt. Wir haben uns ja auf den Standpunkt des Fremdseins mit ihm gestellt. Mit keinem Wort haben wir seine monatlichen Berichte erwidert. Es darf uns nicht wundernehmen, wenn er uns in zweiter Linie berücksichtigt. In einigen Tagen ist sein laufender Monatsbericht völlig, dann wird er uns schon Mitteilung machen. Nach allem konnte er nicht erwarten, daß uns sein Erfolg mehr interessieren würde als alles, was er bisher draußen getrieben und erreicht hat. Sei also nicht ungerecht, Adolphine, und freue dich mit mir, daß unser Sohn ein tüchtiger Mensch geworden ist. Es hätte auch anders kommen können. Ich weiß — im Grunde grollst du ihm, gleich mir, längst nicht mehr, willst es nur nicht eingestehen."

Frau Adolphine biß die Zähne in die Unterlippe. Sie hatte wieder den Groll gegen den starrköpfigen Sohn in sich aufsteigen fühlen, der es so gar nicht nötig gefunden hatte, die Eltern für sein eigenmächtiges Handeln um Verzeihung zu bitten. Ihres Gatten eindringliche Worte, sein ernster Blick zeigten ihr, wie sehr er unter dem Zerwürfnis mit dem Sohne gelitten hatte. Und das blieb nicht ohne Eindruck auf sie. Hatte sie nicht auch darunter gelitten? Wenn sie es sich auch nicht eingestanden hatte, jetzt fühlte sie doch, daß es so war.

Und zugleich regte sich zum erstenmal etwas wie Reue in ihrem Herzen, daß sie Ernst all die Jahre so schroff gegenübergestanden hatte. Ihr Mann hatte recht, sie durfte sich nicht wundern, wenn er zuerst Großtanting Mitteilung gemacht hat.

Jedenfalls war sie nun doch etwas aus ihrem seelischen Gleichgewicht gerissen. Peter sah in ihren Augen etwas wie Tränen funkeln. Das machte ihn ganz fassungslos.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 7. November.

Sonnenaufgang	7⁰	Mondaufgang	9⁴⁶ N.
Sonnenuntergang	4¹⁸	Monduntergang	1⁴ N

1807 Blücher kapituliert bei Ratkau, nördlich von Lübeck. — 1810 Fritz Reuter in Stavenhagen geb.

□ **Mietenrückstand und Räumungsverpflichtung.** Wie in einer Anfrage der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag behauptet wurde, können nach einer Verordnung der Reichsregierung die Hausbesitzer bei Mietenrückstand Zwangsräumung beantragen, ohne zur Ersatzstellung von Wohnräumen verpflichtet zu sein. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, ist eine solche Verordnung dem Minister nicht bekannt. Maßgebend in dieser Beziehung ist das Reichsgesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923, das lediglich die Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses bei Mietenrückständen kennt und die Frage der Ersatzraumgestellung nach ausgesprochener Räumungsverpflichtung der Rechtsprechung der Gerichte zugewiesen hat.

□ **Postalisches.** Die vor einiger Zeit durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Post neuerdings Fernsprechteilhaber, die mit der Gebührenzahlung im Rückstand sind, durch öffentlichen Anschlag mahnt, wird von zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet.

):(**Der Kathol. Gesellenverein** hielt am Mittwoch abend im „Schles. Adler" eine außerodentlich gut besuchte Versammlung ab. Nach Verlesung einiger Kartengrüße gab der Herr Präses einen kurzen Rückblick auf das 56. Stiftungsfest und sprach allen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen hatten, den Dank aus. Von dem Reinertrag wurden 25 Mk. zur Ausschmückung der Kriegergräber auf dem katholischen Friedhof bewilligt. Darauf wurde dem Redner des Abends, Herrn Vizepräses Lehrer Liebig, das Wort zu seinem Vortrag über seine Romreise erteilt. Der Redner, reich beschenkt von seiner Pilgerfahrt zurückgekehrt, teilt gern von den gesammelten Schätzen mit seinen lieben Kolpingsbrüdern. Er gibt ein sehr anschauliches Bild über seine Reise, welche er mit dem Lehrerpilgerzug von Freiburg aus gemacht hatte und die über den St. Gotthard führte. Weiter schildert Redner die Naturschönheiten und interessante Reise-Erlebnisse sowie Sehenswürdigkeiten in den Aufenthaltsorten. Den Höhepunkt bildete die Papstmesse mit Ansprache des hl. Vaters und die Papstaudienz, die allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird. Reicher Beifall wurde dem Redner gezollt. Hingewiesen wurde auf den neuen Kolpingskalender, der zum Preise von 1,20 Mk. beim Kassierer zu haben ist. Am Sonntag hält der Kath. Volksverein einen gemütlichen Familiennachmittag in der Galerie ab, zu welcher die Mitglieder herzlichst eingeladen sind. Am Dienstag findet eine Vorstandssitzung statt. Einige neue Mitglieder wurden aufgenommen. Schluß der Sitzung gegen 11 Uhr.

hy. **Kreditsperre.** Der Abg. Ladendorff (Wirtschaftliche Vereinigung) hat eine kleine Anfrage im Preußischen Landtag eingebracht und die Staatsregierung angefragt, ob sie bereit ist, einer vom Präsidenten der Reichsbank beabsichtigten Kreditsperre für Fleischer, Bäcker und Gastwirte entgegenzutreten.

nl. **Weitere Tschechisierung.** Die Tschechisierung im böhmischen Riesengebirge schreitet fort. Die tschechische Regierung hat das Gut Streckenbach mit sechs Bauden gekauft, die tschechisiert werden sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

— **Betr. Naturdenkmalfrage.** Der Regierungspräsident gibt bekannt: Bei der praktischen Ausführung des § 5 der Polizeiverordnung vom 30. Mai 1921 (abgedruckt im Reg.-Amtsbl. 296 ff.) sind Zweifel entstanden, ob das Verbot, geschützte Pflanzen „zu befördern" dahin auszulegen ist, daß auch gegen jeden, bei dem derartige Pflanzen gefunden werden, eingeschritten werden kann. Es kommt vor, daß geschützte Pflanzen von Wanderen weggeworfen und von anderen aufgehoben werden. Wer vom Landjäger gestellt wird, entschuldigt sich meist damit, daß er die Pflanzen gefunden habe. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat nun auf eine Anfrage entschieden, daß das Verbot der Beförderung der geschützten Pflanzen im § 5 der Polizeiverordnung vom 30. Mai 1921 eigens aufgenommen wurde, um Ausreden, wie sie vorstehend angeführt sind, wirkungslos zu machen. Demnach würde gegen jeden einzuschreiten sein, bei dem geschützte Pflanzen gefunden werden.

):(**Voigtsdorf,** 6. November. (Versetzt.) Herr Pfarrer Feike, welcher viele Jahre als Seelsorger an der hiesigen katholischen Gemeinde angestellt war, ist als Pfarrer nach Bielitz berufen.

nl. **Reichenbach,** 5. November. (Verhaftung einer Kindesmörderin.) Mit einem Säugling auf dem Arm gefänglich eingebracht wurde hier eine junge landwirtschaftliche Arbeiterin aus der Nimptscher Gegend. Sie wird beschuldigt, ein früher geborenes Kind getötet zu haben.

nl. **Reichenbach,** 5. November. (Selbstmordversuch mit einer Nadel) unternahm der hier in der Karlstraße wohnender Dachdecker Max Pleschke. Er stach sich mit einer langen Nadel in die Herzgegend und zwar derart tief, daß er in das Krankenhaus überführt werden mußte, da Komplikationen befürchtet werden, obwohl die Wunde an sich nicht lebensgefährlich ist.

hy. **Grünberg,** 5. November. (Der Bäckerwein.) Der Winzerverein wird den 25er Wein mit dem Kennwort „Bäckerwein" etikettieren. Die schlesischen Bäcker werden 1926 Gelegenheit haben, die Güte des „Bäckerweins" im Ratskeller in Breslau probieren zu können. Bekanntlich war aus Anlaß des Schlesischen Bäckertages, der vom 14.—16. Juni hier stattfand, der diesjährige Wein „Bäckerwein" benannt worden. Während der Weinlese weilten die Führer des gesamten deutschen Bäckerhandwerks, darunter Präsident Müller und Direktor Drews (Berlin), in der ostdeutschen Weinstadt, um den Bäckerwein zu lesen und zu kosten und seine Bearbeitung in Augenschein zu nehmen. Dieser historische Moment ist im Bilde festgehalten worden.

hy. **Sprottau,** 5. November. Die Heideernte ist hinsichtlich von Roggen und Kartoffeln als Rekordernte anzusprechen. Die Aepfel- und Außernete ist zufriedenstellend. Daueräpfel kosten je Zentner 10 Mk., Wallnüsse das Schock 60 Pf., für den Zentner ausgelesene Speisekartoffeln zahlt man 1,60 Mk.

Aus Böhmen.

nl. **Brüx,** 1. November. (Millionen unter der Erde gestohlen.) Ein sensationeller Prozeß) spielte sich vor dem Kreisgericht der nordböhmischen Bergstadt Brüx ab. Die weltbekannte Firma L. und C. Hardmut hat bei Podersan ein Tonbergwerk. Es war bemerkt worden, daß sich der Boden einiger Parzellen gesenkt hatte. Man sah nach und fand, daß von einem Nachbarschachte aus der Ton unterirdisch abgebaut war. Der Schichtmeister Franz Herrmann hatte tatsächlich diesen Tondiebstahl begangen und nach sachverständiger Aussage 13090 Waggon Ton gefördert. Der Wert wurde bei Gericht mit mindestens 2 750 000 Kronen errechnet, doch hat sich die geschädigte Firma mit dem Besitzer der Nachbargrube auf einen Schadenersatz von 1 400 000 Kronen geeinigt. Der Schachtmeister wurde wegen Diebstahls zu 6 Monaten Kerker verurteilt.

nl. **Tetschen,** 5. November. „Das Wandern ist des Müllers Lust" staatsgefährlich.) Die „Sudetendeutsche Tageszig." schreibt: Der 28. Oktober ist ein gesetzlicher Staatsfeiertag. An diesem Tage zu feiern und sich zu freuen, ist nicht blos das Recht, nein, sogar die Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Aber auch in dieser Hinsicht scheint man in diesem Staate zweierlei Recht einführen zu wollen — eines für die Tschechen und eines für die Staatsbürger letzter Klasse, für die Sudetendeutschen. Da geschah es, daß sich Deutsche am Staatsfeiertag freuen wollten. Daher machten sie einen Ausflug. Dabei wagten sie es auch, deutsche Wanderlieder zu singen. Das paßte jedoch einigen Tschechen, darunter vor allem einem ehemaligen Senator, nicht. Insbesondere schien er das Lied „Das Wandern ist des Müllers Lust" für staatsgefährlich zu halten. Er ließ nämlich auf der Bahnstation Liboch, von der die deutsche Gesellschaft abfahren wollte, wegen Singens solcher Lieder die Namen aller Sänger amtlich feststellen. Außerdem wollte man einer Teilnehmerin ihren Regieausweis wegnehmen. — Also, wenn Deutsche in diesem Staate lachen und harmlose Lieder singen, so ist dies bereits Provokation und staatsgefährlich! Selbst die Sklaven in Rom durften singen und lachen. Also sind wir Sudetendeutsche schlimmer daran, und während die Tsechen als Staatsbürger erster Klasse am Staatsfeiertag sogar die Pflicht haben, recht laut zu lachen und zu singen, so haben wir die Pflicht, zu schweigen. Nicht vielleicht auch zu weinen? — Solches geschieht also am Staatsfeiertage in der freien tschechoslowakischen Republik, im Staate der vollendeten Demokratie. Am selben Tage sprach Präsident Masaryk: „Unsere Politik im Innern und nach außen muß eine Weltpolitik sein". Dies nahmen sich scheinbar die erwähnten Tschechen sogleich zu Herzen, waren ehrlich und machten gegen das staatsgefährliche „Wandern ist des Müllers Lust" demokratische Weltpolitik!

Nah und Fern.

○ **150 Kinderballons explodiert.** Aus unbekannter Ursache explodierten in den Kellerräumen eines Berliner Kaufhauses etwa 150 mit Wasserstoffgas gefüllte Reklameballons, wobei sieben Angestellte durch die Stichflamme leicht verletzt wurden. Nach Anlegung von Verbänden im Krankenhaus Moabit konnten sämtliche Personen wieder entlassen werden.

○ **Ende einer Familientragödie.** In Finthen bei Mainz hat eine Familientragödie mit dem Selbstmord des Familienvaters ihren Abschluß gefunden. Von den drei Kindern waren die beiden Söhne im Kriege gefallen. Die Tochter hatte sich ertränkt, die Mutter war einem unheilbaren Leiden erlegen. Der überlebende Vater hat die Tat aus Verzweiflung über diese Schicksalsschläge begangen.

○ **Die erste Radioanlage im besetzten Gebiete genehmigt.** Das Gymnasium von Geisenheim im Rheingau hat als erster Antragsteller die Genehmigung zur Anlage einer Radioeinrichtung von der Rheinlandkommission erhalten. Man hofft auf baldigen vollkommenen Abbau der einschränkenden Bestimmungen im Sinne des Vertrages von Locarno.

⊙ **Die neueste englische Kriegswaffe.** An der Mündung des Humber wurde die neueste englische Kriegswaffe, ein sogenanntes Torpedoflugzeug, in Gegenwart von Marinevertretern Japans, Frankreichs, Italiens und Spaniens ausprobiert. Der Apparat, ein Blackburn-Napierflugzeug, macht hundert Seemeilen in der Stunde und ist mit Torpedoröhren ausgestattet, aus denen in einer Entfernung von 30 Meter Torpedogeschosse abgegeben werden können. Die Probe verlief zufriedenstellend.

Bunte Tageschronik.

Dünkirchen. Auf verschiedenen hier im Hafen liegenden Schiffen sind Lohnstreitigkeiten ausgebrochen, die zu Streiks geführt haben, die die Seefahrt behindern.

Rom. Die italienische Regierung hat beschlossen, allen für den Faschismus gefallenen Studenten die Ehrendoktorwürde zu verleihen.

London. Für den früheren Deutschen Kaiser soll in Doorn eine Vorstellung des „Chauve Souris", Balieffs berühmter Truppe, Anfang Januar stattfinden.

Warschau. In Wilna wurde ein angesehener, bekannter Staatsanwalt verhaftet, der aus gerichtlich beschlagnahmten Geldern im Laufe der Zeit über 50 000 Zloty und 10 000 Dollar unterschlagen hat.

London. Dieser Tage ist in England die Fuchsjagd wieder eröffnet worden. Der Prinz of Wales nahm an der ersten diesjährigen Fuchsjagd teil und stürzte sogleich bei dem Anlauf seines Pferdes über einen tiefen Graben.

Vermischtes.

= **Die Personalorgel.** Amerika ist uns in der Ausnutzung des Radios wieder einmal um eine Wellenlänge voraus. In Buffalo im Staate Newyork hat die Versandfirma Larkin u. Co. in ihrem Geschäftshaus eine Riesenorgel errichten lassen, die ausschließlich dazu bestimmt ist, den viertausend Angestellten des Hauses gute Orgelmusik zu spenden. Das Personal braucht zu diesem Zwecke nicht erst zum Orgelhaus zu gehen, sondern die Orgel geht sozusagen zu jedem einzelnen Angestellten. Die Musik wird durch Lautsprecher in die einzelnen Arbeits- und Bureauabteilungen weitergegeben. Das Werk hat nicht weniger als 115 Register und wird mit vier Manualen gespielt. Es kann vom Organisten bedient werden, aber auch auf mechanischem Wege seine Melodien spenden. Wenn die Orgel nur zu Erbauungszwecken des Personals und um die Angestellten in gehobener Stimmung zu erhalten, ertönt, so ist das freilich der Gipfel der sozialen Fürsorge. Der Generaldirektor verspricht sich sehr viel von der neuen Einrichtung. Die Arbeitsleistung würde bei gutem Orgelspiel eine viel intensivere sein, so meint er. Das Instrument soll aber auch ein Register haben, das Donner, Unwetter und Sturm wiedergibt. Hoffentlich zieht der Chef dem Personal gegenüber nicht dies Register auf. Für einen solchen „Lautsprecher" würde es sich wohl bedanken.

= **Die Heirat der Zwölfjährigen.** In Washington gibt es jetzt neben dem offiziellen Parlament der Männer, das die Gesetze für Amerika fabriziert, ein inoffizielles Frauenparlament, in dem dargelegt wird, wie die Gesetze gemacht werden müßten, damit auch die Frauen Gefallen daran finden könnten. Die Frauen behaupten nämlich. daß die Männer, zumal, was die Ehegesetze anginge, nur Pfuscharbeit lieferten. Das Frauenparlament hat sich dem Männerparlament als Konkurrenz direkt vor die Nase gesetzt, denn Mrs. Belmont, die es leitet, hat das dem Senatorenpalast gegenüberliegende alte Kapitol angekauft, und wenn die drüben ein neues Gesetz loslassen, beweisen die hüben an einem Beispiel, daß es Schund sei. Dieser Tage haben Mrs. Belmont und ihre Damen sich die Ehegesetze von Rhode Island vorgenommen. In Rhode Island dürfen auf Grund eines Landesgesetzes Jungen von zierzehn und Mädel von zwölf Jahren fröhlich und wohlgemut heiraten, wenn der Vater damit einverstanden ist. Wohlverstanden: der Vater, nicht die Eltern. Das hat den Zorn derer um Mrs. Belmont erregt, und man kann nicht sagen, daß sie unrecht haben, wenn sie wünschen, daß auch die Mütter von Rhode Island bei der Verheiratung der Bubis und der Kleinchen ein Wörtchen mitreden, denn schließlich weiß eine Mutter mit ihrer zwölfjährigen Tochter besser Bescheid als der Vater, der von Natur ein Taps ist. Man darf nun neugierig sein, ob Mrs. Belmont den Krieg gegen Rhode Island gewinnen wird.

= **Alkoholgewinnung beim Brotbacken — eine alte Geschichte!** Bei allen neuen Erfindungen meldet sich, sobald sie bekannt werden, bestimmt jemand, der sie schon längst gemacht und bloß in dem passenden Augenblicke kein Geld gehabt hat, um sie gehörig auszunutzen. Auch die von einem italienischen Ingenieur gemachte, aufsehenerregende Erfindung, die ein Verfahren zur Erzeugung von Alkohol aus den beim Brotbacken entweichenden Dämpfen zum Gegenstande hat, ist, wie jetzt behauptet und an Hand von Belegen sogar bewiesen wird, eine „olle Kamelle". Zunächst wird von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß Versuche zur Alkoholgewinnung in gedachter Art schon von vielen andern gemacht worden und zum großen Teil auch gelungen sind; sie hätten sich nur bisher nicht praktisch anwenden lassen. Dann wird ein ganz bestimmter Name genannt: am 15. September 1924 hat beim Prager Patentamt der Mechaniker Josef Piscsek eine Erfindung, die genau das jüngst bekanntgewordene Verfahren des Italieners zum Gegenstande hat, zum Patent angemeldet. Piscseks Apparat besteht nach der Beschreibung aus einem Kondensator, der die Dämpfe abkühlt und niederschlägt. Es ist ferner bekannt, daß Piscsek seine Erfindung vielen Interessenten bereits im September 1920 vorgeführt hat. Nun darf man neugierig sein, wie sich der Italiener herausbauen wird.

= **Krach um den Donauwalzer.** In wenigen Tagen jährt sich zum hundertstenmal der Geburtstag des großen Walzer- und Operettenkomponisten Johann Strauß. In Wien, der Walzerstadt, soll der Tag in ganz besonders festlicher Weise begangen werden. Die Jubiläumsfeier ist aber bereits in ihren Anfängen durch einen argen Mißklang gestört worden. Man hatte beschlossen, an dem Hause, in welchem Strauß den weltberühmten Walzer „An der schönen blauen Donau" komponiert hat, eine Gedenktafel anzubringen. Strauß hatte seinerzeit den Donauwalzer für den Wiener Männergesangverein geschrieben, und dieser war es auch, der ihn zuerst an die Öffentlichkeit gebracht hat. Der Männergesangverein hielt daher die Anbringung der Gedenktafel an dem Hause in der Praterstraße für sein verbriefte Recht, setzte sich aber trotzdem vor einiger Zeit mit einer andern großen Sängergesellschaft, dem Schubert-Bund, in Verbindung, um mit dieser gemeinsam die Tafel anzubringen. Der Schubert-Bund hat aber, wie der Männergesangverein in erregten Zuschriften an die Wiener Blätter behauptet, schmählichen Verrat geübt, indem er heimlich über Nacht die Gedenktafel allein angebracht hat. Der Männergesangverein teilt nun mit, daß er alle seine Beziehungen zum Schubert-Bund abbreche und mit den Verrätern nichts mehr zu tun haben wolle.

= **Abschaffung des Rheumatismus.** Der deutsche Arzt Dr. Ponndorf hat schon vor Jahren Hautimpfungen mit einem Tuberkulinpräparat als Schutz gegen Tuberkulose und ganz besonders als Mittel gegen Rheumatismus empfohlen. Dieser Tage nun hielt Dr. Gustav Paul, Direktor der Staatsimpfungsanstalt in Wien, auf einer Ärztetagung in Weimar einen Vortrag, in dem er über geradezu verblüffende Heilwirkungen der Hautimpfung bei Rheumatismus berichtete. Die Hautimpfung wurde bei rheumatischen Gelenks-, Muskel- und Nervenleiden angewandt, und es wurden Kranke geheilt, die bereits alle möglichen Bäder-, Injektions- und Bestrahlungskuren ohne Erfolg durchgemacht hatten. Nach der Ansicht von Dr. Paul wirkt die Impfung, bei der ganz zarte Schnitte in die Haut gemacht werden, deshalb so günstig, weil es sich hier um allerleiseste, mildeste Reize handelt, während die landläufigen Behandlungen mit viel zu „heroischen" Reizen arbeiteten. Der Wiener Impfdirektor, der die Hautimpfung im Hinblick auf ihre Unschädlichkeit, Einfachheit und Wirtschaftlichkeit als die Heilmethode der Zukunft proklamierte, schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Ich kann mir trotz aller Fortschritte der Therapie eine Welt ohne Tuberkulose nicht vorstellen, wohl aber eine Welt ohne Rheumatismus!"

= **Schiller als Kaiser Joseph.** Nach der Revolution in Österreich begannen die Tschechen die Neugründung ihres Staates damit, daß sie sämtliche Habsburger-Denkmäler in der Tschechei niederlegten oder in die Luft sprengten. Auch Kaiser Joseph II., der Bauernbefreier, wurde nicht verschont, obwohl sich die zu dem neuen Tschechenstaate gehörenden Deutschen für ihn ins Zeug legten: alle Josephe mußten dran glauben. „Um so mehr erstaunt war ich," so erzählt ein Reichsdeutscher, der kürzlich im Tschechenlande war, „als ich in einem nordböhmischen Städtchen einen richtigen granitenen Joseph sah. Ein paar Jungen, die in der Nähe standen, erklärten mir jedoch das Unfaßbare: „Da heeßt itz Schiller," sagten sie, „weils kei Joseph nimmej sein durfte!" Und wahrhaftig, auf dem Sockel des Denkmals stand: Friedrich von Schiller. Die klugen Stadtväter hatten seinerzeit den Bilderstürmern ein Kompromiß angeboten, und so hat man aus dem Joseph einen Schiller gemacht, denn Schiller lebte um dieselbe Zeit und war ähnlich angezogen.

= **Wiederaufnahme des Wanderpreissingens.** Auf einer Besprechung der größeren Männergesangvereine aus Rheinland und Westfalen, die sich an den früheren Kaiserpreissingen beteiligt hatten, stand u. a. zur Erörterung, den Reichspräsidenten oder das Kultusministerium für das Wiederaufleben eines Wandersingens zu interessieren. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Vertreterversammlung rheinisch-westfälischer Männergesangvereine in M.-Gladbach erklärt sich aus ideellen Gründen und aus dem Gedanken heraus, den hohen Aufgaben des deutschen Männergesanges zu dienen, bereit, im Einvernehmen mit dem deutschen Sängerbunde der Verwirklichung eines neuen nationalen Wanderpreissingens durch Stiftung eines Staatspreises auf vollständig gesicherter Grundlage fördernd näherzutreten." Es wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten übernehmen soll.

= **Schnecken als Exportartikel.** In Paris hat sich die Zahl der Kühlhäuser, die Schnecken im Sommer aufkaufen, um sie dann im Winter auf den Markt zu bringen, im Laufe des letzten Jahres verdoppelt. Beliebt sind besonders die großen weißen Burgunderschnecken, eine Spezialität der französischen Küche, die jetzt auch in steigendem Maße exportiert werden. Der Wert der dieses Jahr zum Export gelangenden Burgunderschnecken beläuft sich auf mehrere Millionen Frank.

= **Hungertod einer amerikanischen Millionärin.** In einer gerichtlichen Untersuchung in Newyork stellte es sich heraus, daß Frau Mary Croxon, die kürzlich im Alter von 85 Jahren unter Umständen gestorben ist, die deutlich darauf hinwiesen, daß die Frau durch Verhungern ihr Ende gefunden hat, nicht weniger als vier Millionen Dollar an Bargeld und Effekten besaß. Frau Croxon gehörte einer der vornehmsten Familien Brooklyns an und war die Tochter des reichen Bankiers Stranham, der zeit seines Lebens einer der bekanntesten amerikanischen Philanthropen war.

Zehn Jahre „Deutsche Gesellschaft 1914".

Eine Rede des preußischen Kultusministers Becker.

Die „Deutsche Gesellschaft 1914" hielt in Berlin zur Erinnerung an ihre Gründung im Herbst 1915 eine Festsitzung ab. An der Veranstaltung nahmen Mitglieder und Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Braun, ferner führende Vertreter von Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft, der Presse, wie überhaupt des öffentlichen Lebens teil. Zu Beginn der Festsitzung erinnerte Reichsminister a. D. Schiffer an die Tage der Gründung und den Zweck der Gesellschaft: „Den geistigen Querschnitt des deutschen Volkes zu schaffen, den Schützengrabengeist der Hingabe an das Vaterland zu bewahren und über Klassen und Stände hinweg das deutsche Volk zur inneren Einheit zu führen." Der preußische Kultusminister Becker hielt die Festrede über das Problem der deutschen Einheitskultur. Er schloß mit den Worten: Früher habe es geheißen: „Ein Volk, eine Schule." Jetzt müsse der oberste Leitsatz heißen: „Ein Volk, eine Bildung." Es sei ein schönes und großes Gefühl, daß das deutsche Volk mit seiner Bildungsgemeinschaft nicht am Ende, sondern erst im Anfang stehe.

Prozeß gegen die Gräfin Bothmer.

§ Berlin, 5. November.

Vor dem kleinen Schöffengerichtsgebäude in Potsdam stauen sich noch um die Mittagszeit die Hör- und Sehlustigen, die keinen Einlaß gefunden haben. Im Verhandlungssaal sitzt und steht die Hälfte des Raumes voll von interessierten Potsdamern, die dem Lauf der Verhandlung gespannt folgen. Die Menge wankt und weicht nicht, auch nicht, als durch eine Erklärung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Westerkamp, dem ersten Verhandlungstag ein guter Teil seiner Sensation genommen wird: In dieser Sitzung wird nämlich laut Gerichtsbeschluß nur die Polziner Affäre behandelt, bei der es sich nur um geringfügige Objekte handelt. Der Sachverhalt ist der: Die Gräfin Bothmer unternahm mit einer Bekannten, einer Frau Dr. Dommer, eine Autotour, bei welcher der Dame unvermittelt ein Hundertmarkschein fehlte. Die Gräfin wurde verdächtigt, das Geld genommen zu haben, aus welchem Grund, das erfährt man noch nicht mit voller Klarheit, denn der Vorsitzende geht mit fast pedantischer Sorgfalt auf kleinste Einzelheiten ein. Es ergibt sich überdies aus der Verhandlung, daß die Gräfin rund 1000 Mark bei sich hatte, und sie versichert mit treuherziger Miene, daß man in Polzin wirklich nicht viel Geld ausgeben könne. Einstweilen ergibt sich also noch nichts, was die Klatschsucht reizen könnte, wenn man nicht die Beziehungen zwischen der Gräfin und dem Polizeihauptmann Hester kritisieren will, die in aller Ausführlichkeit erst später erörtert werden sollen.

Spiel und Sport.

Sp. **Hindenburg auf dem Berliner Reitturnier.** Bei der letzten Veranstaltung des Berliner Reitturniers traf der Reichspräsident in der Arena ein, begrüßt von der in der weiten Halle dicht gedrängt stehenden Menge. In der Präsidialloge bemerkte man u. a. auch den Prinzgemahl Heinrich der Niederlande mit Gefolge. Nachdem die üblichen Vorstellungen erledigt waren, begann der Aufmarsch der am Turnier teilnehmenden Offiziere. Vorweg ritten die Ungarn in die Arena, ihnen folgten die Holländer und die Schweizer und schließlich die Reichswehr. Der Reichspräsident folgte der Handlung stehend, immer und immer wieder grüßend und ließ sich schließlich die ausländischen Herren vorstellen. Das sportliche Programm war dem Wettkampf der ländlichen Reitervereine gewidmet.

Sp. **Das große internationale Schachturnier in Moskau.** Am 10. November beginnt bekanntlich in Moskau das große internationale Schachturnier, an dem elf Ausländer und elf Russen teilnehmen werden. Die ausgesetzten Preise, die hauptsächlich vom Schachklub in Moskau gestiftet wurden, belaufen sich auf 15 000 Mark. An Teilnehmern haben sich von Ausländern bereits eingefunden: Emanuel Lasker (Deutschland), Capablanca, Marshall, Rubinstein, Tartakover, Terre, Spielmann und Grünfeld. Der Engländer Yeates, der Deutsche Saemisch und der Tscheche Reti werden noch erwartet.

Welt und Wissen.

w. **Der Säugling mit der Arterienverkalkung.** Ein seltsamer Fall, der in der medizinischen Chronik nicht leicht seinesgleichen finden dürfte, beschäftigt seit einigen Tagen die Londoner Ärzte. In einem Kinderhospital der Hauptstadt von Großbritannien liegt ein Säugling, der an einer fortgeschrittenen Arterienverkalkung leidet. Der sechs Monate alte Erdenbürger, der mit seinem Vater aus Rußland eingewandert ist, ist mit dieser Krankheit, die bisher nur als Alterserscheinung bekannt war, seit seiner Geburt behaftet. Der merkwürdige Fall wird noch merkwürdiger durch den Umstand, daß der Säugling auch sonst noch Symptome von Altersschwäche aufweist: seine Körperkonstitution soll der eines achtzigjährigen Greises entsprechen. Vierundzwanzig hervorragende Spezialisten haben sich zusammengetan und dem sechsmonatigen Greis eine Sonnenkur verschrieben. Man hofft, daß es gelingen wird, ihn am Leben zu erhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Beginn des Verfahrens gegen Dr. Jänicke.** Am Sonnabend wird in Berlin vor dem Reichsdisziplinarhof das gegen den Attaché im Auswärtigen Amt Dr. Wilhelm Jänicke eingeleitete Disziplinarverfahren stattfinden, das sich gegen eine Gästebucheintragung richtet, die Jänicke, ein Schwiegersohn des Reichspräsidenten Ebert, im Sommer dieses Jahres in einem italienischen Hotel über die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg gemacht hat. Sofort nach dem Bekanntwerden dieser Eintragung verfügte seinerzeit der Minister des Äußern die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Jänicke.

§ **Ein krankhafter Vogeldieb.** Das Dresdener Schöffengericht verurteilte den früheren Studenten Wilhelm Mohr zu zehn Monaten Gefängnis. Mohr besaß eine krankhafte Vorliebe für allerhand Vögel und hatte diese Leidenschaft dadurch befriedigt, daß er in den Zoologischen Gärten von Dresden, Leipzig und Nürnberg Kakadus, Fasanen und vor allem wertvolle Papageien stahl.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Schutz der älteren Angestellten vor Abbau.) Die Angestelltenverbände beklagen sich darüber, daß durch den überall stattfindenden Abbau auch Angestellte betroffen werden, die einem Betriebe zehn Jahre und länger angehört haben und infolgedessen schwer an anderer Stelle unterkommen können. Ein dem Reichswirtschaftsrat übergebener Gesetzentwurf will den Abbau dieser älteren Angestellten auf die Fälle beschränken, in denen ein persönliches Verschulden vorliegt.

Düsseldorf. (Zum Lohnstreit im Baugewerbe in Rheinland und Westfalen.) Nachdem der Schlichter für das Rheinland den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Berliner Schiedsspruches für das gesamte Baugewerbe des Rheinlandes und Westfalens abgelehnt hat, ist vom Schlichter das am 22. Mai 1925 in Berlin abgeschlossene Lohnabkommen bis zum 31. Januar 1926 unkündbar verlängert worden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 5. November.

* **Börsenbericht.** Trotzdem zeitweise eine gewisse Widerstandsfähigkeit zu beobachten war, verflaute die Börse im Verlauf auf der ganzen Linie; verstimmend wirkten insbesondere ungünstige Nachrichten aus einigen Industriegebieten. Auch der Markt der inländischen Anleihen war schwach. Kriegsanleihe stellte sich auf 0,20%. Am Geldmarkt hat sich die Situation kaum verändert, tägliches Geld 8—10%, monatliches Geld 10,50—11%.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,33—20,38; holl. Gulden 168,82—169,24; Danz. 80,65 bis 80,85; franz. Frank 16,60—16,64; belg. 19,01—19,05; schweiz. 80,80—81,00; Italien 16,50—16,56; schwed. Krone 112,16—112,44; dän. 104,72—104,98; norweg. 85,44 bis 85,66; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,13 bis 59,27; poln. Zloty 69,22—69,58.

* **Eiernotierungen.** Inlandseier: große, vollfrische, gestempelte —, frische, über 55 Gramm 17½—20, frische, unter 55 Gramm 15 Pfg. Auslandseier: extra große 24—25½, große 15—21½, normale 12½—14, abweichende 11—12, kleine und Schmutzeier 10½—11, Kühlhauseier 12—12½, Dänen und Italiener 15½—19 Pfg.

* **Butter.** 1. Qualität 2,05 M., 2. Qualität 1,80 M., abfallende Qualität 1,60 M. für ein Pfund.

* **Der Kartoffelpreis.** Die Mittlere Preisprüfungsstelle in Berlin teilt mit: In Verhandlungen der Mittleren Preisprüfungsstelle mit den Vertretern des Kartoffelgroß- und -kleinhandels ist ein Bruttoaufschlag von höchstens je 22½% auf die Gestehungskosten für beide Kategorien als zulässig erklärt worden. Der Kartoffelpreis soll sich im freien Markt bilden und die Festsetzung des Höchstzuschlages lediglich eine übermäßige Ausdehnung der Handelszuschläge verhindern. Unter den heutigen Preisverhältnissen wird selbst bei Inanspruchnahme der Höchstzuschläge der Preis für die marktgängige Speisekartoffel etwa 3 Pfennig pro Pfund betragen dürfen.

* **Fleischer zum Preisabbau.** Der Bezirksverein Hannover des Deutschen Fleischerverbandes hielt eine stark besuchte Versammlung ab, in der man sich vor allem mit der Frage des Preisabbaues beschäftigte. Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die zu einem Obermeistertag aus der Provinz Hannover versammelten Obermeister des Bezirksvereins Hannover des Deutschen Fleischerverbandes erkennen aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit einer Senkung der Fleischpreise an. Bei den Fleischern kann jedoch eine Preissenkung erst erfolgen, wenn die Viehpreise, die sich in den letzten drei Monaten in geradezu beängstigend steigender Tendenz bewegten, auf das Maß des Erträglichen zurückgeführt werden.

* **Produktenbörse.** Der plötzliche scharfe Rückschlag der amerikanischen Notierungen hatte für Weizen die Stimmung stark gedrückt und die nach der Küste gestern noch bezahlten hohen Preise für prompte Ware ließen beträchtlich nach. Dabei war das Angebot kaum größer, aber die Käufer hielten sehr zurück. Auch von Roggen sind die Provinzofferten nicht viel größer geworden, und das bot auch den handelsrechtlichen Lieferungskursen einige Stütze, so daß die merklich flauer gewesenen nahen Monate nur 1—2 Mark billiger zum Beginn notierten, während sie vorher um das Doppelte nachgelassen hatten. Mai blieb allerdings auch an der Mittagsbörse um 4 Mark niedriger. Gerste in mittleren Qualitäten stark angeboten. Hafer nur mäßig offeriert, aber noch weniger gesucht. Mehl still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	5. 11.	4. 11.		5. 11.	4. 11.
Weiz., märk.	220-223	220-223	Weizkl. f. Brl	11,3-11,5	11,3-11,5
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	9,1-9,4	9,1-9,4
Rogg., märk.	139-142	141-144	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-32	26-32
Braugerste	186-210	186-210	kl. Speiseerbs	25-27	25-27
Futtergerste	149-161	149-161	Futtererbsen	19-22	19-22
Hafer, märk.	160-170	161-171	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	22-25	22-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	12-12,5	12-12,5
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,2-14,3	14,2-14,3
Mrk. ü. Not.)	27-31,2	27-31,2	Leinkuchen	21,3-21,4	21,3-21,4
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,0-8,1	8,1-8,2
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	20,2-20,5	20,3-20,5
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,2-9,5	9,4-9,5
inkl. Sack	20,2-22,7	20,7-23	Kartoffelfl.	12,9-13,5	13-13,3

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 8. November (22. n. Trin.), vormittags 9 Uhr, Beichte und heil. Abendmahl, 9,30 Uhr Gottesdienst (Pastor Kuske).

(Plätze links des Altars sind am Sonntag für den Jungdeutschen Orden reserviert.)

Kollekte: Zentralausschuß für Innere Mission.

Abends 8 Uhr Versammlung des Christlichen Vereins junger Männer in der Kantine des Füllnerwerkes.

Vereins-Kalender.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Freiwillige Sanitätskolonne Bad Warmbrunn-Herischdorf Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr Versammlung im Grünen Baum.

Freiwillige Feuerwehr

Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr im „Schlesischen Adler"

51. Stiftungs-Fest

Theater * Vorträge * Verlosung * Tanz

Die aktiven und inaktiven Mitglieder werden hierdurch ergebenst eingeladen. Gäste welche durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Der Feuerwehrrat.

Flechten in 3 Tagen

geheilt durch Persia-Salbe. 1 Dose Mk. 3.— Bei Nichterfolg Geld zurück. „Brema" G. m. b. H., Stuttgart H. 695, Weimarstrasse 42.

Empfehle für Sonnabend

junge fette Gänse

Pfd. von 1.10 Mk. an, auch geteilt Pfd. 1.50 Mk.

Gänseklein mit Magen 1.50

R. Menzel und Sohn

an den Bädern 5 und Hirschbergerstraße 1.

la Eiderfett-Käse

9 Pfund — 6 Mark franko

Dampf.-Käse-Fabrik Rendsburg 550.

Warme Winterwäsche

für

Damen, Herren u. Kinder

Werner, Warmbrunn

Preiswert wie immer kaufen Sie bei

E. Sörgel, Textilwaren

Ziethenstr. 12 Telephon 169

Hausfabrikation

richten wir ein. Dauernde und sichere Existenz oder Nebendienst. Besondere Räume nicht nötig. Auskunft kostenlos.

Chem. Fabrik Aylsdorf

Inhaber: R. und M. Münkner

ZEITZ-AYLSDORF.